2020 Nr. 2

Editorial

Corona – und kein Ende?

Wir haben fast alle geplanten LSI-Veranstaltungen unter dem Einfluss der Corona-Pandemie abgesagt. Erst langsam scheint sich das Leben wieder unter massiven Einschränkungen zu normalisieren. Wir freuen uns deshalb besonders auf die gemeinsame Veranstaltung mit den liberalen Frauen in Nordbaden am 30. Oktober in Hirschberg. Details hier auf der Frontseite und als PDF zum runterladen auf unserer Homepage.

2021 wird für Baden-Württemberg ein Superwahljahr: Am 14. März ist die Landtagswahl und im Herbst die Bundestagswahl. Verfolgen Sie das Interview mit dem seniorenpolitischen Sprecher der Landtagsfraktion Jürgen Keck auf den folgenden Seiten. Gerade in Coronazeiten hat sich gezeigt, wie wichtig die Digitalisierung und die Beherrschung digitaler Fertigkeiten für alle Gesellschaftssichten ist. Speziell für uns Senioren. Diesem Thema haben wir mehrere Artikel gewidmet.

Die Autoren dieser Ausgabe wünschen Ihnen anregende Denkanstöße.

Dr. Wolfgang Allehoff
Landesvorsitzender

Liberale Senioren Baden-Württemberg
LSI AKTUELL
Informationen der Liberalen Senioren Initiative Baden-Württemberg e.V.

Zukunft gemeinsam gestalten - Aber wie?

Die Liberale Seniorenini-tiative als unabhängige Vorfeld-Organisation der Freien Demokraten hat es sich zur Aufgabe gemacht, liberales Gedankengut gerade in Corona -Zeiten aktiv zu vertreten. Wir organisieren deshalb mit den Liberalen Frauen eine gemeinsame Veranstaltung zum Themenkomplex **Freiwilliges Engagement als Aktivposten für eine generationengerechte Bürgergesellschaft .** Dabei geh es vor allem um die Frage:

Wie gestalten wir die Zukunft gemeinsam?

Für das Funktionieren der Gesellschaft hat das zivilgesellschaftliche Engagement einen unverzichtbaren Stellenwert. Dazu gehören das Ehrenamt und das politische Engagement,

Ob freiwillig oder aufgrund von Sachzwängen: Frauen leisten einen Löwenanteil der nicht bezahlten Arbeit.
Die Untersuchung des Instituts Allensbach hat den Sachverhalt bei „Sandwich-Familien bestätigt. Die Frauen stellen die Ressourcen für die Kinder zur Verfügung und pflegen oft die alten Eltern.

Die Generation 60+ verfügt über ein enormes soziales und finanzielles Kapital. Neben Lebens- und Berufserfahrung bringt diese Generation auch großes Interesse und die Bereitschaft mit, ihre Ressourcen in die zukünftige Gestaltung der Gesellschaft einzubringen. Damit kann sie zu einer wesentlichen gestaltenden Kraft für die Zukunft unserer Gesellschaft und unserer Demokratie werden.

Ohne dieses gesellschaftliche Engagement geht es nicht.
Das bürgerschaftliche Engagement ist unerlässlich für die Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts!

Die Podiums-Diskussion zum Themenkreis wird durch Referate von Vera Ansen und Jochen Haußmann eingeleitet. Prof. Kathrin Kölbl und Dr. Jürgen Sontheimer werden ebenso auf dem Podium sein. Sie sind herzlich eingeladen im Anschluss mitzudiskutieren.

Am **30.10.2020**
In **69493 Hirschberg**
Hilfeleistungszentrum
Galgenstraße 1
Anmeldung erforderlich an:
info@liberale-senioren-bw.de
oder ulrike.von.eicke@fdp-rhein-neckar.de
●KHW

Vera Ansén

Jochen Haussmann, MdL

Prof, Kathrin Kölbl

Dr. Jürgen Sontheimer

Jürgen Keck ist der sozialpolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg und damit auch zuständig für Seniorenthemen.

Im März 2021 kandidiert Keck erneut im Wahlkreis Konstanz um ein Mandat. Zeit für eine Bestandsaufnahme:

LSI

Pflege - Barrierefreiheit - Altenparlament

Das Interview führte **Frank Bantle**

Stuttgart

Bantle: Wenn Sie die letzte Legislaturperiode im Landtag Revue passieren lassen: Wo konnte die FDP im Bereich Seniorenpolitik Akzente setzen?

Keck: *An erster Stelle denke ich an unsere sehr gut besuchten Liberalen Seniorentage, die wir in exzellenter Kooperation mit der LSI als gute Tradition veranstalten.*
Zu den Themen können wir stets Top-Referenten gewinnen. Im Jahr 2017 unter anderem Prof. Dr. Andreas Kruse zum Oberthema „Aktive Teilhabe als Prävention - Soziale Dimension und Mobilität“. Im Folgejahr hatten wir „Generationenverantwortung“ als Thema. Dabei ging es nicht nur um das Thema Rente, auch erforderliche ordnungspolitische Rahmenbedingungen wurden thematisiert. Bei unserer Veranstaltung im letzten Jahr hätte ich nicht gedacht, dass es schon die letzte für diese Legislatur sein würde.
Dabei hatten wir für dieses Jahr in Prof. Dr. Spitzer einen wahren Leuchtturm im Blick. Corona hat leider die Veranstaltung nicht zugelassen.

Bei der unmittelbaren Landtagsarbeit haben wir als Fraktion der FDP/DVP den Finger in die Wunde der aus unserer Sicht schleppenden und unvollständigen Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission „Pflege in Baden-Württemberg zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“.

Wir haben auch einen eigenen Gesetzentwurf zur Modernisierung des Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetzes eingebracht, damit mehr ambulante Wohnformen einfacher und unbürokratischer entstehen können.
Mit der Attraktivität des Pflegeberufs haben wir uns beschäftigt und ein entsprechendes Papier erarbeitet.
Dauerthema bleibt die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung in der Fläche.
*Und ich persönlich trete seit Jahren für eine **Ehrenamts-Card** ein, die das ehrenamtliche Engagement endlich umfassender würdigt als bisher.*

Was steht noch auf Ihrer Tagesordnung? Wo sehen Sie für die nächste Runde ab 2021 und möglicherweise als Regierungspartner im Land Nachholbedarf, wenn es um die Belange von Senioren geht?

*Wir hatten beim Liberalen Seniorentag 2012 einmal einen spannenden Vortrag zum Thema **Altenparlament** in Mecklenburg-Vorpommern. Dieses hat sich zu einem anerkannten Gremium der älteren Generation gegenüber dem Parlament, der Landesregierung und den Kommunen entwickelt.*

Das Engagement des Altenparlaments wurde in einem Seniorenmitwirkungsgesetz verankert.

***Das Thema Pflege** muss nicht nur von der Fachkräfteseite, sondern auch von der Bezahlbarkeit und damit Finanzierung her thematisiert werden, auch wenn dies Bundesrecht ist.*
*Mir persönlich ist aber auch die **Barrierefreiheit** ein wichtiges Anliegen: Der ÖPNV muss barrierefrei werden und es muss darauf geachtet werden, dass dieser sicher bleibt. Wohnraum wird ein immer drängenderes Problem.*

Barrierefreiheit - Digitalisierung

Ich bin mir sicher: Die Aufgaben und Herausforderungen werden nicht weniger, dazu reicht schon das Stichwort Corona.

**Von Seiten unserer Mitglieder gibt es immer wieder Kritik am oft schrillen Werbestil der Partei, den Anglizismen („German Engineering“) und den poppigen Plakaten.
Tenor: Die Alten werden nicht mehr berücksichtigt. Wie denken Sie darüber?**

*Die Gestaltung des Wahlkampfs ist immer eine Gratwanderung, denn es muss gelingen, die nötige Aufmerksamkeit zu erreichen. Hierzu muss man neue Wege beschreiten, denn sonst wandelt man auf ausgetrampelten Pfaden, was niemanden mehr hinterm Ofen hervorlockt.
Ich finde im Übrigen durchaus, dass ein Werbespruch, wie er das letzte Mal mit „digital first, Bedenken second“ durchaus den Interessen insbesondere der älteren Menschen gerecht wurde. Denn Telemedizin oder auch die in der Corona-Krise wichtigen Videotelefonaten mit Angehörigen gehen nur mit guter digitaler Infrastruktur.*

Der Landtagswahlkampf beginnt. Welche Schwerpunkte werden Sie im Heimatwahlkreis Konstanz dieses Mal fahren?

*Ganz klar Barrierefreiheit, ärztliche Versorgung und Pflege.
Ich werde auch betonen, dass wir endlich **leistungsfähiges Internet** brauchen, wenn wir in Zukunft noch ein Top-Standort sein wollen.
Liberale haben Lust auf Zukunft und Verantwortung. Dies gilt es zu stärken.*

Irgendwann geht auch Jürgen Keck in den (Un-)Ruhestand. Haben Sie sich schon Gedanken gemacht, wie und wo Sie alt werden wollen?

*Jeder Abgeordnete sagt immer, dass er aus dem schönsten Wahlkreis kommt (lacht).
Das gilt auch für mich. Aus Radolfzell gehe ich also nicht dauerhaft weg. Alt werden will ich natürlich wie alle: gesund!
Ich plane jetzt aber zunächst mal meine Aktivitäten und eine gute Strategie für den Wahlkampf, bevor ich mir überlege, was ich machen würde, käme ich nicht wieder in den Landtag.*

Jürgen Keck. * 1961 in Radolfzell ist gelernter Industriekaufmann. Verheiratet und Vater von zwei Kindern.

Was Sie schon immer über WhatsApp wissen wollten ...

Viele Liberale Seniorinnen und Senioren benutzen WhatsApp. Besonders Diejenigen, die Enkelinder haben, die weiter weg wohnen.

WhatsApp ist die beliebteste Smartphone-App weltweit.

Mehr als eine Milliarde Menschen nutzen mindestens einmal pro Monat den SMS-Ersatz.

Facebook hat im Rahmen einer Veranstaltung im Mai 2020 erstmals offizielle WhatsApp Nutzerzahlen für Deutschland bekanntgegeben.

Täglich nutzen rund 58 Millionen Menschen in Deutschland WhatsApp

F&A-Bericht von **Dr. Wolfgang Allehoff**

Wer kann WhatsApp nutzen?
Fast jeder, der ein Smartphone hat. Die Messenger-App gibt es für Android, iPhone, Windows Phone, Blackberry und Symbian. Nachrichten können dabei zwischen allen Betriebssystemen ausgetauscht werden.

Wer darf WhatsApp nicht benutzen?
Kinder und Jugendliche bis einschließlich 12 Jahren. Für die Nutzung schreibt WhatsApp seit dem 25. August 2016 in den AGB ein Mindestalter von 13 Jahren vor; davor galt ein Mindestalter von 16.

Was kosten WhatsApp-Nachrichten?
Das Verschicken von Nachrichten ist grundsätzlich kostenlos, denn WhatsApp nutzt das Internet via Mobilfunknetz oder ein vorhandenes WLAN.
Bei Mobilfunkverträgen mit beschränktem Datenvolumen oder bei der Nutzung im Ausland können Kosten entstehen.
Außer einfachen Nachrichten können auch Bilder, Videos, Kontakte, Dokumente oder Sprachnachrichten kostenlos verschickt werden. Wer möchte, kann via WhatsApp anderen Nutzern auch den eigenen Standort per GPS mitteilen.
WhatsApp ist kostenlos und sollte ausschließlich aus einem der offiziellen App-Stores bezogen werden. Da der Messenger so beliebt ist, werden neben den offiziellen Stores immer wieder betrügerische Fälschungen angeboten.

Woher kennt WhatsApp den Nutzer-Namen?
Nach dem ersten Start von WhatsApp ist eine Registrierung unter Angabe der eigenen Telefonnummer nötig. Viele Nutzer stellen dabei verwundert fest: Bevor sie ihren Namen angeben, zeigt die App ihn bereits an. Das liegt daran, dass WhatsApp standardmäßig die Telefonbuch-Einträge der Nutzer ausliest. Name und Nummer sind dann zuvor von einem anderen Nutzer übermittelt worden.

Gibt es Bedenken bei der Nutzung von WhatsApp?
Die Sicherheit von WhatsApp stand lange in der Kritik. Mittlerweile werden die Nachrichten zwischen den Nutzern Ende-zu-Ende verschlüsselt verschickt, so dass sie weder von WhatsApp noch von Dritten ohne Weiteres ausgelesen werden kann – dazu sind Spionage-Tools notwendig. Die Nachrichten werden nicht auf den Servern von WhatsApp gespeichert, nachdem sie zugestellt wurden.

... aber nicht zu fragen wagten.

Ein Aspekt jedoch, der Datenschützer empört:

- WhatsApp greift auf das Telefonbuch des Smartphones zu und übermittelt alle gefundenen Nummern an Server in den USA – auch die von Kontakten, die gar nicht bei WhatsApp angemeldet sind.
- Zudem müssen Nutzer seit August 2016 mit den neuen AGB bestätigen, dass sie autorisiert sind, WhatsApp die Telefonnummern ihrer Kontakte zur Verfügung zu stellen. Eine solche Erlaubnis dürfte niemand von all seinen Kontakten haben und verstößt damit faktisch gegen die AGB.
- Seit Ende August 2016 gibt WhatsApp die Telefonnummern seiner Nutzer an Facebook weiter. Dadurch will der Dienst das Nutzerverhalten genauer analysieren und besser gegen Spam vorgehen. Außerdem könne Facebook auf diese Weise besser Freunde finden und zielgenauere Werbung ausliefern.
- Der Nutzung für Werbezwecke können Nutzer in den Account-Einstellungen von WhatsApp widersprechen, der Weitergabe der Telefonnummer und der Nutzungszeit jedoch nicht.
- WhatsApp nimmt sich auch das Recht heraus, Kontaktlisten und Chatpartner weiterzuleiten. Profilbilder sollen derzeit noch nicht weitergegeben werden – das könnte sich jedoch ändern.

Welche Alternativen gibt es zu WhatsApp?

Es gibt einige Alternativen zu WhatsApp, aber vor allem die Apps "Threema" und "Signal" haben sich als Alternative einen Namen gemacht. Auch mit diesen Messenger-Apps können Texte, Bilder und Videos an einzelne Kontakte oder Gruppen Ende-zu-Ende-verschlüsselt gesendet werden. Anrufe können jedoch nur mit "Signal" getätigt werden.

Wie wird man WhatsApp wieder los?

Wer sich von WhatsApp verabschieden will, muss zwei Dinge tun:

- Zuerst den Account löschen,
- anschließend die App deinstallieren.
- Gelöscht wird der Account im WhatsApp-Menü
- *Einstellungen > Account > Meinen Account löschen*.
- Erst danach sollte die App vom Smartphone gelöscht werden, sonst bleibt der Account aktiv und wird bei den Kontakten weiterhin als verfügbar angezeigt.
- WhatsApp scheint die Nutzerdaten trotz Löschung längerfristig auf den Servern zu speichern, wie Tests gezeigt haben.
- Bei einer Neuinstallation konnten Nutzer ihren zuvor gelöschten Account wieder herstellen und bekamen auch die noch vorhandene Jahresgebühr angerechnet.

WhatsApp Alternativen Threema und Signal.

Nachdem WhatsApp nach der AGB-Änderung jetzt umfangreiche Daten an den Mutterkonzern Facebook weiterleitet, erhielten die Messaging-Apps Threema und Signal einen massiven Zulauf.

Mit Kurznachrichten-Apps wie Threema oder Signal können Nutzer ganz wie bei WhatsApp Texte, Bilder und Videos an einzelne Kontakte aber auch Gruppen senden. Auch Emoticons werden vom jeweiligen Betriebssystem genutzt und können entsprechend verschickt werden. Standardmäßig übertragen beide Instant-Messenger Nachrichten über die Datenverbindung zu anderen Nutzern derselben App. Dabei fallen keine Kosten für SMS-Dienste an.

Kann man auch telefonieren?

Nein. Threema ist bisher als reiner Messaging-Dienst konzipiert. Eine Anruffunktion, die WhatsApp mittlerweile in seine App eingebaut hat, gibt es nicht. Wer auch per WLAN telefonieren möchten, sollte auf eine Messaging-App wie Signal zurückgreifen.

Mit Signal lassen sich neben verschlüsselten Textnachrichten auch Telefongespräche über Internetverbindungen führen, auch das unverschlüsselte Senden und Empfangen von SMS und MMS ist möglich. Die von der Gegenseite verwendete App spielt dabei keine Rolle.

Sicherheit der Daten?

Beide bieten Ende-zu-Ende-Verschlüsselung. Threema speichert die Daten in der Schweiz, Signal in den USA.

Schwerpunkt Digitalisierung: Achter Altersbericht

„Wir müssen nicht fragen, ob die Älteren reif für das Internet sind, sondern, ob das Internet reif für die Älteren ist."

Prof. Dr. Dr. h. c. Ursula Lehr, Bundesministerin a.D. und BAGSO-Ehrenvorsitzende

Am 12. August 2020 wurde der Achte Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland zum Thema **„Ältere Menschen und Digitalisierung"** veröffentlicht. [1]

Der Bundesverband der Liberalen Senioren ist Mitglied in der **„BAGSO", einer Arbeitsgemeinschaft von bundesweiten Seniorenorganisationen mit Sitz in Bonn.**

Delegierter der Liberalen Senioren in der Fachkommission „Digitalisierung" bei der BAGSO ist der stellv. Bundesvorsitzende Dr. Wolfgang Allehoff. Die BAGSO erstellt seit Jahren zu jedem Altenbericht eine Stellungnahme. Allehoff fasst in diesem Artikel die wichtigsten Punkte zusammen.

Unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Andreas Kruse stellte die Altersberichts-Kommission die wissenschaftlichen Ergebnisse vor. Die BAGSO begrüßt, dass

- das Thema Digitalisierung in den Fokus gerückt wurde, weil es für ältere Menschen eine immer größere Bedeutung gewinnt,
- die digitale Teilhabe als Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge definiert wird,
- die besondere Rolle der Kommunen beim Ausbau digitaler Unterstützungsstrukturen hervorgehoben wird, um Zugang und Teilhabe zu ermöglichen,
- auf eine digitale Spaltung vor allem innerhalb der Bevölkerungsgruppe der älteren Menschen aufmerksam gemacht wird, welche die bereits vorhandenen sozialen, gesundheitlichen und regionalen Ungleichheiten verstärkt,
- ethische Fragen beim Einsatz digitaler Technologien frühzeitig und unter Einbeziehung der Betroffenen diskutiert werden müssen,
- der Einsatz digitaler Technologien in der Pflege nur als unterstützend, niemals jedoch als ersetzend angesehen werden dürfen,
- zugestimmt wird, dass auch bei Nichtnutzung digitaler Technologien das Recht auf Teilhabe nicht eingeschränkt werden darf.

Besonders unterstützt die BAGSO folgende Empfehlungen der Kommission:

- ein dauerhaftes Monitoring im Hinblick auf Digitalisierung und das Leben im Alter zu institutionalisieren, um den Prozess der digitalen Transformation in Bezug auf ältere Menschen zu beobachten,
- den Ausbau barrierefreien Wohnraums mit der Ausstattung von alltagstauglichen technischen Hilfsmitteln zu verbinden,
- die Nutzung des Internets und die Anschaffung von digitaler Technik für Menschen mit geringem Einkommen über sozialrechtliche Hilfe im SGB XII zu fördern,

[1] *https://www.achter-altersbericht.de*

Darüber hinaus Forderungen der BAGSO

- ältere Menschen im gesamten Forschungs- und Entwicklungsprozess von digitalen Technologien und Anwendungen einzubeziehen,
- den Erwerb digitaler Kompetenzen in für ältere Menschen relevanten Berufsgruppen in Ausbildungs-, Studiums- und Weiterbildungscurricula zu verankern.

Soviel Lob und Unterstützung für den Achten Altersbericht auch dokumentiert wird, will die BAGSO mit konstruktiver Kritik auch nicht sparen.

Der BAGSO geht jedoch insbesondere die Stellungnahme der Bundesregierung nicht weit genug. Es werden kaum eigene Maßnahmen angekündigt, um Impulse zur Umsetzung der Empfehlungen der Kommission zu setzen.
Nachdrücklich weist die BAGSO darauf hin:
Die Bundesregierung ist gefordert, verbindliche Rahmenbedingungen zum Ausbau digitaler Unterstützungsstrukturen zu schaffen.

Die Hauptforderungen sind:

- durch gezielte Förderrichtlinien und besseren Daten- und Verbraucherschutz mehr Standardisierung und Nutzbarkeit digitaler Technik zu gewährleisten,
- einen „Digitalpakt Alter“ analog zum „DigitalPakt Schule“ finanziell umfassend auf Bundesebene aufzusetzen, damit digitaler Kompetenzerwerb für alle Menschen in der nachberuflichen Lebensphase möglich wird,
- durch eine umfassende Strategie „Bildung im Alter“ verbindliche Ziele in der Förderung des digitalen Kompetenzerwerbs zu erreichen,
- Erkenntnisse wie die der WHO-Initiative der „Age friendly cities“ und die der „Smart Cities“ sowie bewährter Modellprojekte stärker als bisher systematisch in die Planung und Realisierung von alter[n]sgerechten Quartieren einzubringen,
- in allen Pflegeeinrichtungen einen „Digitalisierungsbeauftragten“ zu berufen, dessen Aufgabe es ist, die Pflegekräfte und die Bewohnerinnen und Bewohner bei der Anwendung digitaler Technologien zu unterstützen,
- neutrale Ombudspersonen zu berufen, die bei der Auflösung von Konflikten zum Einsatz von Technologien und zu ethischen Fragen, z.B. zwischen Pflegebedürftigen, Angehörigen und professionell Pflegenden, helfen.

Schlussbemerkung der BAGSO:

Der Bundestag erwartet von der Bundesregierung für jede Legislaturperiode einen Altersbericht.

Neben dem Zweck, neue Erkenntnisse über die aktuelle Lebenssituation älterer Menschen zu gewinnen und die Öffentlichkeit darüber zu informieren, sollen die Berichte Grundlage für politisches Handeln sein.
Die BAGSO fordert deshalb Parlamente auf Bundes- und Länderebene sowie Bundes- und Landesregierungen auf, sich intensiv mit den angesprochenen Fragen und den von der Altersberichtskommission erarbeiteten Empfehlungen auseinanderzusetzen und daraus die erforderlichen Maßnahmen abzuleiten.
Der Auto schließt sich der Forderung vollinhaltlich an.

Zitate

Der zweite Frühling kommt mit den dritten Zähnen.

Walter Matthau

Als ich jung war, hielt ich 60jährige für eine andere Sorte Mensch. Jetzt glaube ich, 20jährige sind eine andere Sorte.

Henry A. Kissinger

Jimmy Carter hat zu mir gesagt:
"Ich habe dich im Fernsehen wieder einmal auf einem Pferd gesehen. Wie kommt es bloß, dass du so jung aussiehst?"
Darauf ich:
"Das ist ganz einfach, Jimmy - ich nehme nur alte Pferde."

Ronald Reagan

Ist die Quotierung nach Geschlecht *demokratisch?*

«Die Frauenquote führt nur zu Quotenfrauen.»

Jürgen von der Lippe

«Die Grünen verstehen die Frauenquote primär als Instrument im Kampf um die Chancengleichheit.

Sie verwechseln "Chancengleichheit" mit der sozialistischen Version des Begriffs, nämlich mit der "Ergebnisgleichheit".»

Eran Yardeni

Bericht von **Dr. Wolfgang Allehoff**

Wenn wir über die Frauenquote reden, **müssen wir zuerst über den Proporz reden.**

Im allgemeinen Sprachgebrauch wird mit Proporz meist die Praxis von Regierungsparteien, besonders in Koalitionen bezeichnet, entsprechend ihrem jeweiligen politischen Stärkeverhältnis Posten im öffentlichen Dienst und in der verstaatlichten Wirtschaft an Partei-Mitglieder zu vergeben oder an Personen, die der Partei nahestehen.

In großen Flächenländern, wie Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen z.B. gab es schon immer den sogenannten **Regionalproporz.** Das heißt bei Kabinettsbesetzungen auf Landesebene spielt für die Wahl der Minister deren Herkunft aus den verschiedenen Regionen des Flächenlandes eine gewichtige Rolle.

Neben dem Regionalproporz war früher und ist heute noch der **Religionsproporz** wichtig. Der proportionale Anteil von Evangelischen und Katholischen sollte nach Möglichkeit abgebildet werden.

Warum es keinen **Berufsgruppen-Proporz** gibt, ist uns schleierhaft. Dieser Mangel führt zur Ungleichverteilung von beamteten Lehrern – in allen Parteien.

Noch gibt es auch **keinen Altersgruppen-Proporz.** Obwohl die aktiven Jugendgruppen in den größeren Parteien für einen solchen Proporz wären.

Nun ist der **Geschlechterproporz** ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt.

Unter dem Stichwort „Frauenquote einführen“ soll die Gleichstellung von Frauen und Männern in Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Kultur gewährleistet werden.

Fokussieren wir uns auf die Politik, um die es hier gehen soll. Die Frauenquote der Grünen sieht einen Frauenanteil unter ihren Mandats- und Amtsträgern von **mindestens** 50 % vor. Der Anteil weiblicher Parteimitglieder liegt aber nur bei 37,2 %. Sie argumentieren jedoch mit der Gesamtbevölkerung, in der Frauen, auf Grund höherer Lebenserwartung, in der Mehrheit sind. Das ist unlogisch.

Wer von Ihnen weiß wie hoch der aktuelle Anteil von Frauen in der CDU ist?

Wer von Ihnen weiß wie hoch der aktuelle Anteil von Frauen bei der FDP ist?
Bei den Liberalen Senioren ist er 40% !
Ohne Quote.

Das oft bemühte Gerechtigkeitsargument greift nicht, eine solche Frauenquote führt dazu, dass Männer aufgrund ihres Geschlechts institutionell benachteiligt werden.

Quote und Qualifikation – das ist der zentrale Diskussionspunkt.

Soll Personal ausschließlich nach Qualifikation ausgewählt werden oder nach zusätzlichen Kriterien wie im Falle der Frauenquote nach dem Geschlecht?

Eine solche Frauenquote führt dazu, dass Männer aufgrund ihres Geschlechts institutionell benachteiligt werden.

Quote, Qualifikation und Gleichberechtigung

Neben der Frage nach der Gerechtigkeit geht es auch speziell in der Politik um die Leistungsfähigkeit der Teams in den Gremien.

Wenn niedriger qualifizierte Bewerberinnen aufgrund der Quote höher qualifizierten Männern vorgezogen werden, sind die Leistungen der Teams niedriger.

Wer von den hochqualifizierten Frauen will eine Quotenfrau sein?

Wir warnen auch vor einem Denkfehler:

Gleichberechtigung und Gleichstellung sind nicht dasselbe.

Gleichberechtigung bedeutet Gleichheit vor dem Gesetz. Tatsächliche Ungleichheiten der Positionen sind hinzunehmen, da Individuen ungleich sind – das macht sie aus.

Das Ideal der Gleichstellung geht hingegen davon aus, dass eine absolute Verteilung der Geschlechter, also 50:50 notwendig ist.

Hier liegt der größte Denkfehler, denn weder sind alle Frauen noch alle Männer gleich. Was nicht der Tatsache widerspricht, dass Männer und Frauen grundsätzlich gleich gut und gleich geeignet sind und folglich gleich repräsentiert sein sollten.

Gleichberechtigung ermöglicht Freiheit, weil Ungleichheiten nicht negiert werden. **Gleichstellung ist Gleichmacherei**, die den Menschen nicht mehr in seiner Individualität, sondern nur als Vertreter eines Kollektivs wahrnimmt.

Frauenquoten schaffen Quotenfrauen, was letztlich dem Anliegen schadet. Denn eine Frauenquote ist, das lässt sich nicht beschönigen, ein Armutszeugnis für Frauen. Anstatt ihnen zuzutrauen, dass sie sich auf dem freien Markt durchsetzen können, erklärt man sie zu hilfsbedürftigen Wesen. Das ist das Gegenteil von Emanzipation, das ist Patronage.

Ja – wir liberalen Senioren sind dafür, qualifizierte Frauen stärker zu fördern.

Wir ermuntern die Frauen, sich stärker zu vernetzten – das ist die Voraussetzung für Karrieren in der Politik. Und wir werden sie dabei unterstützen.

Aber wir sind gegen die Frauenquote.

Corona-Pandemie auf dem Weg zum Seuchen-Sozialismus

Die Corona-Krise besiegen wir nur mit Selbstverantwortung, nicht mit Seuchen-Sozialismus. Die Politik versucht uns weiszumachen, dass genügend Geld zur Verfügung steht. «Es gibt keine Grenze nach oben», behauptet der deutsche Finanzminister. Die Botschaft lautet immer gleich: Niemand muss Angst haben, der Staat sorgt für alle. Vielleicht lässt sich diese Suggestion psychologisch erklären. Nur mit kollektivem Selbstbetrug kommen wir einigermaßen passabel durch die Krise. Natürlich wissen alle, dass die Beschwichtigungen nicht stimmen. Die Seuche führt schon jetzt zu Entlassungen. Es wird trotz allen Hilfszahlungen viele Firmenpleiten geben – unverschuldete, aber eben auch selbstverschuldete. Die Pandemie deckt unbarmherzig Schwachstellen der Unternehmen wie der Politik auf. Die Politik ist nicht klüger als jeder von uns. Die Parteien fordern jetzt das, was sie schon immer gefordert haben. Sozialdemokraten ziehen die angestaubte Idee von Zusatzsteuern für «Reiche» aus der Schublade. Phantasieloser geht es nicht. Man will uns Ladenhüter andrehen – als Corona-Maßnahmen hübsch verpackt. Seit je verlangt die Linke, dass der Staat in die Wirtschaft eingreife. In der Krise wird daraus, der Staat müsse die nach Asien verlagerte Medikamentenproduktion zurückholen. Derselbe Staat, der es nicht fertigbrachte, genügend Masken einzulagern, soll nun wissen, wie globalisierte Lieferketten am besten gestaltet werden. Das Individuum macht sich klein, der Staat leidet an Hybris. Daran ändert sich in Kontinentaleuropa wohl nie etwas, auch nicht in der Krise. Staatliche Überfürsorge hat ihren Preis. Der Staat entzieht Unternehmen und Bürgern die Verfügungsgewalt über das von ihnen erwirtschaftete Vermögen. Gemäß Prognosen wird die deutsche Staatsquote in diesem Jahr auf deutlich über 50 Prozent klettern. Es findet also gerade eine Umverteilung von privat zum Staat statt. Die Schulden, die ein Finanzminister jetzt aufnimmt, tragen seine Nachfolger ab, indem sie Steuern erhöhen oder später als geplant senken. Wirtschaftlich braucht es die Kreativität und die Leistungsbereitschaft jedes Einzelnen. Dieses Potenzial setzen wir nur frei, wenn wir den Staat nach der Pandemie wieder in seine Schranken weisen. Überdies sollten unnötige Vorschriften abgebaut werden, um die Wirtschaft durch Deregulierung zu stimulieren. Der Staat muss sich klein machen, damit die Privatinitiative gedeiht.

Alle Jahre wieder - kommt das Finanzamt

Mit schöner Regelmäßigkeit entsteht zur Jahresmitte die gleiche Diskussion, wenn zum 1. Juli die Renten um einen kleineren Prozentsatz steigen und damit wieder einige Rentner mehr plötzlich Steuern zahlen müssen.

Warum ist das so?
Weil auch die gesetzliche Rente ein **steuerpflichtiges** Einkommen ist.
Und zwar, weil jedes Einkommen eines deutschen Staatsbürgers grundsätzlich steuerpflichtig ist.
Außerdem hat der Bundestag beschlossen, die Renteneinkommen schrittweise auf die sogenannte **nachgelagerte Besteuerung** umzustellen.
Da solche Änderungen in aller Regel nicht nach der bürokratischen Stichtagsregel durchgeführt werden können, soll dies stufenweise geschehen.

Bericht von Hanspeter **Grames-pacher**

Bei jedem Bürger, der in Rente geht, wird deshalb bei Beginn der Rente ein fester Betrag als Bemessungsgrundlage für den Versorgungsfreitrag festgelegt. Das ist dann für alle Folgejahre der Teilbetrag, der steuerfrei bleibt.

Der darüber hinaus gehende Betrag der Rente unterliegt der Einkommenssteuerpflicht.
In den meisten Fällen führt dies aber noch nicht zur tatsächlichen Steuerzahlung. Wenn dann allerdings noch andere Einkunftsarten wie z. B.

- Zinserträge,
- Dividenden oder
- Mieterträge

hinzu kommen, dann kann es in einigen Fällen dazu kommen, dass der betroffene Rentner nun plötzlich Einkommensteuer abführen muss, da er bei seinem gesamten Jahreseinkommen den Grenzwert, ab dem die Steuer einsetzt durch die Rentenerhöhung plötzlich um einige wenige Euros überschreitet.

Vorsorglich sollte aber jeder Rentner und jede Rentnerin nach einer Rentenerhöhung prüfen (lassen), ob nunmehr eine Steuererklärung abzugeben ist.

Aktuell sieht das so aus:

Ab Juli 2020 gibt es mehr Geld im Ruhestand, denn die gesetzlichen Renten steigen um fast 3,5 Prozent (West) und 4,2 Prozent (Ost).

Für einige Ruheständler bedeutet diese Erhöhung allerdings, dass sie künftig auch wieder eine Steuererklärung abgeben und Steuern zahlen müssen. 2019 rutschten rund 50.000 Senioren in diese Pflicht, laut Bundesfinanzministerium waren Ende 2019 **4,98 Millionen Rentner steuerpflichtig**..

Rentner, die während ihrer Pensionierung in die Steuerpflicht übergehen, fühlen sich möglicherweise schnell verloren, wenn sie sich erneut im **Formular-Dschungel** wiederfinden.

Doch ab wann müssen Rentner wirklich Steuern zahlen? Die Besteuerung bei der gesetzlichen Rente setzt sich hier ähnlich zusammen wie bei Arbeitnehmern.

Entscheidend ist letztlich **das Jahr des Renteneintritts**. Dieses ist ausschlaggebend dafür, **wie viel Prozent des jährlichen Brutto-Renteneinkommens versteuert werden muss**.

Beispiel:
Ein Rentner, der 2007 in den Ruhestand getreten ist, muss 54 Prozent seiner Rente versteuern. Eine Rentnerin, die erst 2020 in Rente geht, muss schon 80 Prozent ihres Renteneinkommens steuerlich geltend machen.

Wirklich steuerpflichtig werden die beiden jedoch nur, **sobald sie den aktuellen jährlichen Grundfreibetrag überschreiten.**
Der Freibetrag wird regelmäßig vom Gesetzgeber angepasst. Die folgende Tabelle 1 stellt die Übersicht der letzten fünf Jahre dar.

Achtung:
Auch wenn die Einnahmen aus der gesetzlichen Rente gering sind, können für Bezieher einer zusätzlichen **privaten Rente** Steuern fällig werden.

Abhängig von der Form der privaten Altersvorsorge, etwa Riester-Rente oder private Rentenversicherung, unterscheidet sich jedoch die Art der Besteuerung.

Grundfreibeträge für Rentenbezieher

Tabelle 1

Renten-eintritt	Grund-freibetrag (ledig)	Grund-freibetrag (verheiratete Paare)
2020	9.408 Euro	18.816 Euro
2019	9.168 Euro	18.336 Euro
2018	9.000 Euro	18.000 Euro
2017	8.820 Euro	17.640 Euro
2016	8.652 Euro	17.304 Euro

Was können Ruheständler von den Steuern absetzen?

Genau wie Arbeitnehmer dürfen Ruheständler einige wichtige **Ausgaben und Werbungskosten** in ihrer Steuererklärung **absetzen** und somit das zu versteuernde Einkommen senken. Dazu zählen beispielsweise:

- Mitgliedsbeiträge für Parteien oder Gesundheitsvereine
- Spenden
- Kosten für Medikamente, Brillen, Hörgeräten
- Kosten und Rechnungen für Haushaltshilfen, Putzkräfte oder Handwerker
- Kosten für eine Renten- und Versicherungsberatung

Was passiert, wenn keine Steuererklärung eingereicht wurde?

- Senioren, die keine Steuererklärung einreichen, weil sie zum Beispiel nicht mitbekommen haben, dass sie steuerpflichtig sind, werden vom Finanzamt **postalisch informiert**.

- Grundsätzlich besitzt das Amt alle wichtigen Informationen und Neuerungen bezüglich der Rente.

Wird etwas erneuert oder geändert, werden Rentner üblicherweise direkt darauf hingewiesen.

- Wer die Benachrichtigungen des Finanzamts ignoriert, muss allerdings damit rechnen, die **Steuern nachzuzahlen** oder im schlimmsten Fall ein **Zwangsgeld in Kauf nehmen**.

Steigende Kosten in Heimen

Pflegeheime können Preise unter bestimmten Voraussetzungen anheben.

Es gibt ein fest vorgeschriebenes Verfahren, das der Unternehmer einhalten muss, damit seine Entgelterhöhung wirksam werden kann. Dabei spielt es keine Rolle, ob er das Entgelt für Pflege- oder Betreuungsleistungen, Unterkunft, Verpflegung, Investitionsaufwendungen oder sonstige Entgeltbestandteile erhöhen will.

Erfüllt der Unternehmer auch nur eine gesetzliche Vorgabe nicht, ist die Erhöhung unwirksam.

Der Unternehmer muss schriftlich mitteilen,

- dass er das Entgelt erhöhen möchte
- um welchen Betrag er das Entgelt erhöhen möchte
- ab welchem Zeitpunkt er das erhöhte Entgelt verlangt

Der Unternehmer muss die Entgelterhöhung begründen. Die Begründung muss

- die Positionen benennen, für die sich Kostensteigerungen ergeben haben
- die alten und neuen Entgeltbestandteile gegenüberstellen
- den Maßstab angeben, wie die einzelnen Positionen der Kostensteigerung auf die Bewohner umgelegt werden.

Die Mitteilung über die beabsichtigte Preiserhöhung müssen Sie **vier Wochen vor dem Tag, zu dem Sie den erhöhten Betrag zahlen sollen**, erhalten.
Dieses Verfahren gilt übrigens für alle Bewohner, egal ob Sie Selbstzahler sind oder Leistungen der Pflegekassen oder eines Sozialhilfeträgers erhalten.

Quelle: Verbraucherzentrale

Bundesparteitag der Liberalen 2020 in der Presse

Beschlüsse

Beim 71. Parteitag wurde ein Leitantrag zum wirtschaftlichen Wiederaufbau und gesellschaftlichen Aufbruch nach der Corona-Krise beschlossen.
Des Weiteren beschloss die FDP einen Dringlichkeitsantrag, der ein Magnitsky Act für Deutschland sowie ein Moratorium für Nordstream 2 fordert, und sprach sich auf Antrag der Jungen Liberalen für eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre aus.

Wikipedia

Die Umstände von Teutebergs Ablösung im August hatten in der Partei für Unruhe gesorgt. Die erst im vergangenen Jahr mit knapp 93 Prozent der Stimmen gewählte Generalsekretärin stellte ihr Amt unter dem Druck Lindners zur Verfügung. Lindner sagte damals zu der Entscheidung gegen Teuteberg, er brauche in seinem Amt "mehr Hilfe und Unterstützung". Vor den Delegierten auf dem Parteitag in Berlin erläuterte Lindner, warum er einen Wechsel im Amt des Generalsekretärs für erforderlich gehalten habe. Aus der Corona-Krise habe sich eine "veränderte Themenlage" ergeben, die eine "neue Teamaufstellung" nötig gemacht habe, sagte er. Dies habe er Teuteberg bereits im Juni mitgeteilt – und er habe ihr angeboten, an anderer Stelle für die Bundespartei tätig zu sein.
Die *ZEIT am 19.9.2020*

Weichenstellungen, aber kein Aufbruch

"Mission Aufbruch" steht in großen gelben Lettern auf pinkfarbenem Untergrund, wohin man beim 71. Bundesparteitag der FDP auch sah. Dennoch bleibt der Eindruck, dass konsequentes Branding nicht zwingend zu einem echten Neuanfang führt. Mit diesem Ziel war die Partei aber in diesen Parteitag gegangen - erreicht hat sie es nicht.
ARD am 19.9.2020

Peter Altmaier heftig in der Kritik: Nächtlicher Tweet zum Wahlalter wird zum Bumerang

Der Anlass schien banal: Der FDP-Bundestagsabgeordnete Konstantin Kuhle hatte am Samstag hocherfreut einen Parteitags-Beschluss seiner Partei mit der Twittergemeinde geteilt - die FDP befürworte ab jetzt offiziell ein aktives Wahlrecht ab 16 Jahren bei der Bundestagswahl. Bislang darf auf Bundesebene ab Vollendung des 18. Lebensjahres gewählt werden.
An sich kein allzu bahnbrechender Vorgang. Aus der Oppositionsrolle haben die Liberalen ohnehin keine Chance, derartige Forderungen direkt umzusetzen. Und ob die FDP nach der kommenden Wahl Koalitionschancen haben - oder überhaupt im Parlament vertreten sein - wird, es scheint offen. Altmaier schien dennoch der Kragen zu platzen.
Merkur am 20.9.2020

Harald Christ hat noch eine Rechnung offen

Gegen die SPD keilt auch Harald Christ, der die Sozialdemokraten nach 32 Jahren verlassen hat, und am Samstag zum neuen Schatzmeister der FDP gewählt wird. Er sei damals Mitglied der SPD von Helmut Schmidt geworden, eines Mannes mit wirtschaftlichem Weitblick: „Diese SPD gibt es für mich nicht mehr.“ Christ setzt auf diesem Parteitag die härtesten Punchlines. Die Corona-Krise, so tönt er, werde genutzt, „um schleichend den Sozialismus einzuführen.“
CICERO 19.9-2020

Die FDP setzt mit Blick auf die Bundestagswahl 2021 auf einen deutlichen wirtschaftspolitischen Kurs.

Es brauche ein neues „Wirtschaftswunder“, erklärte der Parteivorsitzende Christian Lindner in seiner Rede zu Beginn des Bundesparteitages. Seine Stellvertreterin, die FDP-Europaabgeordnete Nicola Beer unterstrich dies noch einmal und erklärte im Gespräch mit phoenix, dass eine gesunde Wirtschaft auch Grundlage für die Bewältigung anderer Themen sei: Die FDP wisse, „dass sie Wirtschaft braucht, damit sie Wohlstand erarbeitet. Der Wohlstand, der nicht nur für soziale Sicherungssysteme da ist, sondern insbesondere für Innovation, für Investitionen in Bildung.“
Phoenix 19.9.2020

●WHA

Geldanlage nach dem Renteneintritt

Bericht von **Karl-Heinz Weinert**

Die berühmteste Geldanlage in den goldenen Jahren des Wirtschaftswunders war das Sparschwein!

Ist Sparen in Zeiten der Negativzinsen noch zeitgemäß?

Gerade in Krisenzeiten ist die Schaffung von Rücklagen, man rechnet mindestens 3 Monatseinkommen, unverzichtbar.

Im Alter haben viele unserer Senioren ein Einkommen, das sich oft auf die 3 Säulen gründet.

- Die gesetzliche Rente
- die Betriebsrente / Pensionskasse
- Private Vorsorge

Bei der **gesetzlichen Rente** wurden viele davon überrascht, wie klein die pauschalen Freibeträge ausfallen und wie hoch letztlich die Besteuerung der Gesamt-Einkommen ist. Abschläge von 30% für Steuern und Sozialabgaben sind keine Seltenheit. Und letztlich steht immer wieder die Frage im Raum: Ist die Rente in Zukunft sicher?

Antwort: JA, aber die Rentenhöhe nimmt tendenziell ab!

Die **Betriebsrente** ist ein weiteres wichtiges Standbein. Bei der Auszahlung ist zu prüfen, am besten gemeinsam mit dem Steuerberater, ob eine monatliche Zahlung bevorzugt werden soll. Weiter sollte auch die Bonität der Pensionskasse geprüft werden. Kann die Firma die Pensionszahlungen in einigen Jahren noch leisten? Der strukturelle Wandel in der Wirtschaft, insbesondere auch durch vermehrte staatliche Eingriffe, ist enorm und wirkt vor allem immer schneller.

Die **Private Vorsorge** wird immer stärker an Bedeutung gewinnen. Neben den Lebensversicherungen, Bausparverträgen, Riesterverträgen, gewinnt die Anlage in Wertpapieren, auch in Gold, immer mehr an Bedeutung.

Bevor ich Sie mitnehme in die Welt der Kapitalanlage, steht eine ehrliche Analyse ihrer gesamten Einkommen und Ausgaben im Vordergrund. Nehmen Sie den spitzen Bleistift und rechnen Sie sich vor allem nicht reich! Nur Nettoeinkommen der Familie zählen.

Nun zu den Ausgaben: Gibt es Versicherungen die Sie im Alter nicht mehr brauchen – z.B. Berufsunfähigkeitsversicherung? Änderung der Autoversicherung, da Sie als Rentner weniger km fahren? Kündigung von noch laufenden Konsumkrediten, die in der Regel deutlich höhere Zinsen verlangen, als Sie bei Kapitalanlagen erwirtschaften können. Sie sind Besitzer einer ETW oder eines Hauses. Welche Reparaturen werden in naher Zukunft fällig? Soll das Bad barrierefrei umgebaut werden?

Oder Sie benötigen eine finanzielle Absicherung für den Pflegefall?

Denken Sie daran, dass die Grün-Schwarze Regierung im Ländle immer wieder neue Regelungen zum Schutz des Weltklimas für Immobilienbesitzer erlässt. Teuer wird es, wenn neue Heizungen eingebaut werden müssen, oder das Haus neu gedämmt werden muss, Fahrradständer gebaut werden, Dächer begrünt, usw. Die Liste ist lang und teuer und belastet vor allem die Rentner.

Vielleicht wollen Sie sich auch im altersgerechten Wohnen einkaufen und benötigen dafür einen Bausparplan oder zumindest einen zinsgünstigen Hypothekenkredit. Versicherungen bieten zum Beispiel Darlehenslösungen für die BEST AGERS an, die besonders auf die Problematik der Älteren eingehen. Ihre Kunden müssen die Immobilie nicht verkaufen und können sich trotzdem eine Pflege leisten.

Fazit: Bearbeiten Sie den Ausgabenteil sorgfältig.

Jetzt sind Sie soweit, dass Sie den Anteil für das Ansparprogramm festlegen können. Statistisch gesehen legen Rentner zwischen 300 und 500 Euro monatlich für Notlagen zurück.

Wichtig ist, dass Sie auch mit kleineren Beträgen sich ein Polster für Eventualitäten schaffen.

Erst jetzt können wir über die **Kapitalanlage** reden.

Vorab: **In Nullzinszeiten gibt es ohne Risiko keine Erträge!**

Das „magische Dreieck der Geldanlage“ verdeutlicht beispielhaft das Spannungsverhältnis der drei konkurrierenden Anlageziele

- **Sicherheit**,
- **Verfügbarkeit** und
- **Rendite**.

Da meine Empfehlungen sich immer auf liquide Anlagen konzentrieren, versuchen wir den Spagat zwischen Ertrag und relativer Sicherheit.

Jetzt aber zur Kapitalanlage . Die „Börsen-Oma“ Beate Sander gibt Tipps.

Eine Frau lernt im Rentenalter das Börsengeschäft und vervielfacht innerhalb weniger Jahre ihr Vermögen. Mit 60.000 DM Kapital hat sie angefangen und das Meiste davon langfristig angelegt.

Die Hoch-Tief-Mut Strategie von Beate Sander

- profunde Marktkenntnis insbesondere in Zukunftsmärkten
- breit gestreut, nie bereut (auch international diversifiziert)
- Investitionen sollten immer langfristig angelegt sein
- Wer Geld hat, sollte es auch nutzen (keine Anlagen unter 1.000 Euro)
- in Crash Zeiten ist Mut gefragt: Tiefe Kurse nutzt die Expertin für Zukäufe
- ... hohe Kurse für Gewinnmitnahmen

Aber: Ich würde niemals meine besten Rennpferde komplett verkaufen

Doch bevor sie sich in die „Börsen Arbeit“ stürzen, gestatten Sie mir einige Hinweise zur Kapitalanlage, zu der Aufgabe der Börse im Allgemeinen, und die Auswahl von verschiedenen Anlageformen.

Diese Tipps werden wir in einem separaten Newsletter aufbereiten.

In Deutschland ist ein Trend festzustellen:
Es gibt weniger klassische Begräbnisse und mehr Baumbestattungen im Friedwald oder Ruheforst.
Inzwischen kommt jeder Fünfte nach dem Tod in den Friedwald.
Diese Tendenz geht auch am Erscheinungsbild der Friedhöfe nicht vorbei. Die Zunahme der Feuerbestattungen mit Urnengräbern hat zur Folge, dass Flächen in den Friedhöfen ungenutzt bleiben. Allerdings ist in den klassischen Gräbern eine Belegung mit mehreren Urnen möglich.
Meist unterscheidet sich jedoch die Anordnung und Lage der Urnengräber vom herkömmlichen Erscheinungsbild. Oft kreisförmig oder flächenhaft im Anschluss an die Sarggräber oder auf separaten Flächen, die als Waldgräber ausgewiesen sind.

Wie und wo will ich bestattet werden?

Unter dieser Fragestellung trafen sich am 27. August 2020 die Mitglieder der LSI Karlsruhe um die Veränderungen im Bestattungswesen zu diskutieren.

Bericht von **Dr. Horst Dilger**.

Waren die Friedhöfe früher Gedenk- und Trauer-orte für mindestens zwei bis drei Generationen, so hat sich das Bild drastisch geändert. Anstelle großer teurer Grabsteine sind kleine Steinquader mit unauffällig gravierten Namen getreten oder sogar nur Schildchen an den Bäumen des Friedwalds, meist mit anonymer Nummer, die nur den Angehörigen den Trauerort anzeigt.
In städtisch geprägten Regionen werden klassische Beerdigungen immer seltener. Rund 80 Prozent der Beisetzungen sind dort Feuer-Bestattungen, während nur noch etwa 20 Prozent der Toten im Sarg beerdigt werden. Besonders die Nachfrage für Friedwald- und Ruheforst-Bestattungen ist nach der Statistik enorm angestiegen.
Im Großraum Frankfurt wird inzwischen die Asche jedes fünften Verstorbenen in der Urne auf dem Friedwald an einem Baum beigesetzt.

In Zeiten von Patientenverfügungen machen sich viele Menschen schon früh Gedanken darüber, was mit ihrem Körper passieren soll, wenn sie einmal sterben, und wo sie ihre letzte Ruhestätte finden möchten - und auch über die Kosten.
Die Kosten für ein Baum-Grab mit Namensschild beginnen bei 490 Euro plus Beisetzungskosten von etwa 275 Euro. Eine Erdbestattung kostet mindestens das Dreifache im Raum Frankfurt.
Der Friedwald birgt noch weitere Vorteile für die Hinterbliebenen: Die Grabpflege fällt weg.
Auch die gesamte Beerdigungszeremonie ist im Wandel.
Die gesamte Abschieds- und Trauerzeremonie hat sich in städtischen Regionen völlig verändert. Bei 45 Prozent der Begräbnisse ist mittlerweile ein Trauerredner anstelle eines Pfarrers vertreten. „Die Menschen machen sich auch anders Gedanken um den Tod und das Sterben als früher“, sagt Martin Schneller, der seit 13 Jahren Trauerreden in einer solchen urbanen Region hält. „Viele kümmern sich bereits vor dem Tod um ihre eigene Beerdigung, führen Vorgespräche, verfügen über Musik und Lokal zur Erinnerungsfeier, um der Familie die schweren Gänge abzunehmen“, sagt Schneller.
Auch die Grabreden werden immer persönlicher. „Die Leute wollen keine Psalme, Gebete, Gesänge mehr. Sie brauchen

Baumgrab mit Namensschild und anonymer Nummer

die Toten nicht heilig sprechen, keine Richter, Staatsanwälte spielen. Sie wollen sie mit Empathie und Realismus verabschieden und ein authentisches Porträt des Toten bewahren."

Weitere Hintergrundinformationen:

- Dass Erdbestattungen irgendwann komplett von Verbrennungen und Ruheforsten abgelöst werden, ist unwahrscheinlich.
- Noch gering aber zunehmend ist der Trend, dass sich Hinterbliebene aus der Asche eines Verstorbenen einen Diamanten pressen lassen. So kann man einen Teil des geliebten Menschen immer bei sich tragen.
- Allgemein wird eine Sterbeversicherung als zu teuer angesehen.
- Ein Bestattungsvorsorgevertrag wird als nicht erforderlich angesehen, weil die gewünschte Gestaltung der Bestattungsfeier im Testament festgelegt werden kann.
- Die Feuerbestattung wurde erst gegen Ende des 19. Jahrhundert in Deutschland gebräuchlich, z.T. auch aus hygienischen Gründen.
- Die katholische Kirche hatte sich lange gegen eine Feuerbestattung ausgesprochen.
- In Frankreich darf man im Gegensatz zu Deutschland die Urne mit nach Hause nehmen. Bestattung im eigenen Garten.

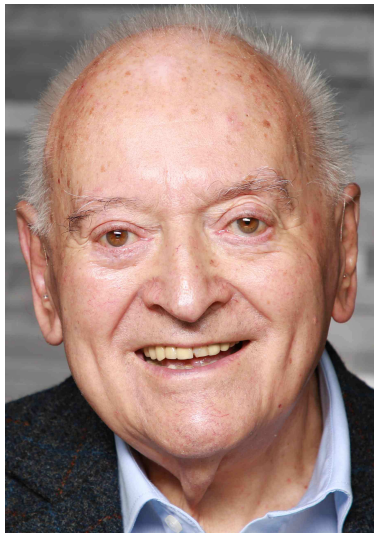
Nachrufe

Armin F. Knauer

ist am 26. Juli 2020 im Alter von 76 Jahren verstorben.
Er war langjähriges Mitglied bei den Liberalen Senioren und hat Liberalismus im besten Sinne des Wortes vorgelebt.
Über sechs Jahrzehnte hat er sich für die Textilindustrie in Baden-Württemberg und ganz Deutschland und für die Wirtschaft im Südwesten eingesetzt.

Als geschäftsführender Gesellschafter der HOS-Gruppe (Heinrich Otto & Söhne, Wendlingen) lenkte er die Geschicke einer der traditionsreichsten Firmengruppen.
Für uns im Ehrenamt war er stets Ansprechpartner, Ideengeber und Sponsor für unsere Projekte.
Für sein ehrenamtliches und unternehmerisches Wirken erhielt Armin F. Knauer im Jahr 2012 das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. .
Wir verlieren mit ihm eine prägende Persönlichkeit.

Markus Truckenmüller



ist am 27. Januar 2020 im Alter von 92 Jahren verstorben.
Die Liberale Senioren Initiative war schon gleich nach der Gründung ab Mitte der 90er Jahre eine Herzensangelegenheit für ihn. Als selbstständiger Kaufmann und Handelsvertreter hatte er die Fähigkeit, auf zögerliche Zeitgenossen aktiv zu zugehen und diese zur Mitarbeit zu motivieren. Sein Leitstern war das liberale Lebensgefühl:

Freiheit in Verantwortung.
Auf vielen unserer Reisen und Veranstaltungen hat er durch seinen Humor und gesunden Menschenverstand zum Gelingen beigetragen. Er war ein leuchtendes Beispiel dafür, dass man überzeugter Europäer sein kann, ohne seine regionale Identität aufzugeben.
Wir verlieren mit ihm eine prägende Persönlichkeit.

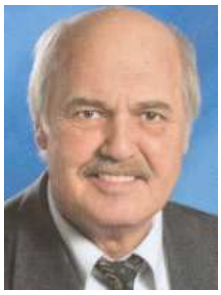
Wohnformen im Alter

Wenn Sie **Wohnen im Alter** lesen, denken Sie wahrscheinlich an Pflegeheim, betreutes Wohnen oder Alten-WG. Das ist allerdings eine realitätsferne Wahrnehmung, oft vermittelt durch eine tendenziöse Berichterstattung in der Presse. Statistische Kennzahlen für die letzten 10 Jahre sind (% der der 65-Jahrigen leben in ...):

- „Normales Wohnen“ wie bisher 90%
- „Betreutes Wohnen“ 2%
- Gemeinschaftliches Wohnen“ 3%
- „Ambulant betreutes Wohnen“ 3%
- „Heim“ 4%
- „Ganz neue Wohnformen“ ‰

Normales Wohnen: Die häufigste Wohnform im Alter spielt sowohl im Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit – als auch leider der Fachwelt - nur eine untergeordnete Rolle. Wohnen wie bisher in einer ganz normalen Wohnung. Über 90 % aller Menschen über 65 Jahre leben so. UND - **der allergrößte Teil von ihnen möchte diese Wohnform auch so lange wie möglich aufrecht erhalten.**

Der demografische Wandel erfordert ein Umdenken im vergleich zum Leben vor 20 oder 30 Jahren.



Bericht von **Günther Hammer.**

Die Gesellschafts- und Familienstrukturen haben sich verändert. Eltern und Kinder im Erwachsenenalter wohnen in der Regel weit auseinander.

Deutschland hat weltweit nach Japan mit die älteste Bevölkerung. Seit 2009 sind 17 Mio Menschen älter als 65. Der ältere Mensch will eigenständig leben, aber sich nicht einsam fühlen.
Gegenwärtig sind Alten-Wohngemeinschaften häufig im Gespräch; aber auch Generationenhäuser und Genossenschaftsbauten mit Quartiersmanagement. Um auch langfristig in der eigenen Wohnung bleiben zu können, müssen verschieden Wohnformen und Preisvorstellungen erörtert werden. Ist der klassische Wohnungsstandard die ökonomischste Wohnform im Alter, oder gibt es Alternativen?

Die zu erwartenden altersbedingten Einschränkungen erfordern eine zukunftsfähige Planung und Berechnung der Optionen.

Diskussion um DIN-Normen und Beihilfen

Wer Baumaßnahmen vornimmt und auf Beihilfen der öffentlichen Hand hofft, kommt um eine professionelle Beratung durch Architekten nicht herum.

Nur sie kennen die genauen Definitionen von

- barrierearm,
- barrierefrei und den Unterscheidungen, was im öffentlichen Raum und im privaten Eigentum nach den DIN Normen Geltung hat.
- Und nur sie können den gordischen Knoten zwischen den DIN Normen der Planung und Ausführung und dem Baurecht lösen.

Dazu kommen noch die Gesetzesvorgaben der Sozialdienste und der öffentlichen Hand für Beihilfen und Zuschüsse.

Alter und neue Immobilie - passt das zusammen?

- **Im Grunde ja**, wenn Sie mit Ihrer Wohnsituation und dem Wohnumfeld zufrieden sind.
- **Im Grunde ja**, wenn Sie finanziell so ausgestattet sind, dass Sie die Gebäudeunterhaltung und eine Wohnungsanpassung an das Alter, ohne wesentliche Einschränkungen bewältigen können.
- **Im Grunde ja**, wenn Sie eine, für alle Seiten zufriedenstellende Nachfolgeregelung gefunden haben.

Diese Fragen muss man sich stellen wenn man die richtigen Entscheidungen für die Zukunft finden will.

Und wenn man darüber nachdenkt dann findet man - in der Regel- direkt zu sich selbst:

Die Berufswelt ist vorbei -Die Wohnwelt wird wichtig.

Was erwarte ich nun von meiner Wohnung im Ruhestand?

- Ruhe,
- Sicherheit,
- gute Nachbarschaft,
- ein lebenswertes Quartier und
- Ausreichende Versorgungseinrichtungen und
- Mobilität.
- Genügend Bewegungsraum und Freiraum auch mit Partner, Freunden oder Gästen.
- Außerdem muss ich die täglichen Besorgungen im Haus bewältigen können.

Lässt sich das **nicht** annähernd umsetzen, sind
- Gesundheit und
- Lebensqualität erheblich in Gefahr.

Machen Sie sich eine Checkliste und stellen Ihre Bedürfnisse fest und was davon umgesetzt werden kann.

Vor dem Umzug: Welcher „Wohn-Typ“ bin ich?

WOHIN?
Eine undankbare Aufgabe und umso schwieriger je später Sie darüber nachdenken, wenn es sich nicht vermeiden lässt.
Dazu ein paar Fragen, die Sie sich stellen müssen:.

Wohn-Typ Frage?
Sie! Genau Sie stellen fest welcher „Wohntyp“ Sie sind.
- Sind sie der Einzelgänger, der allein lebt.
- Der „Unruhegeist“, der ständig unterwegs oder auf Reisen ist.
- Oder lieben Sie die Nähe zur Nachbarschaft oder dem Freundeskreis.

Was will ich?
- Auf dem Land oder in der Stadt leben?
- Neues erfahren oder doch lieber in der gewohnten Umgebung bleiben?
- Den Laden im Haus, die Kneipe an der Ecke oder Lieber die Ruhe in der Schlafstadt.

Was kann ich?
- Mir alles leisten und alles selbst bewältigen.
- Ich muss rechnen und brauche Rat für den Umzug.
- Ich kann mich für nichts entscheiden, obwohl mir alle Möglichkeiten offen stehen.

Was ist zu tun?

Die Entscheidungen so formulieren, dass sie umgesetzt werden können.
- Wohnform bestimmen
- Mitteleinsatz festlegen
- Ratgeber einsetzen

Wo finde ich Hilfe?
- Bei Maklern
- Bei Genossenschaften
- Bei Verbänden / Banken
- Bei Sozialdiensten

Wie entscheide ich?
- Nach eigener Ansicht,
- Empfehlung der Ratgeber
- Prüfung der Angebote.
- Gegebenenfalls nochmals durch Dritte.

GRUNDSÄTZLICHES

Wenn Entscheidungen zur Immobilie anstehen, sei es
- durch Krankheit,
- Gebrechen,
- oder andere Einflüsse

hilft es nicht „den Kopf in den Sand zu stecken“.

Entscheiden Sie selbst, durch vorausschauendes Handeln.
Und denken Sie daran: Die
- Betreuungsverfügung
- Patientenverfügung
- Vorsorgevollmacht

gehören untrennbar dazu.
Sonst entscheiden Andere.

Welcher „Wohntyp“ bin ich?

Was will ich „eigentlich“?

Was kann ich (noch)?

Wie gehe ich mit Ratschlägen um?

An was muss ich sonst noch denken?

Buchtipps für liberale Selbst-Denker

Andre Thess; Sieben Energiewendemärchen.
Viele Menschen in Deutschland sind unzufrieden mit dem Stil öffentlicher Debatten zu Energiepolitik und Klimawandel. Denn zahlreiche Wortführer vermengen Dichtung mit Wahrheit, Gedanken mit Gefühlen und pflegen den Gestus moralischer Überlegenheit.
Das vorliegende Buch nimmt sieben kontroverse Energiewendethemen unserer Zeit unter die Lupe. Der Autor legt durch sachliche und zugleich unterhaltsame Analysen den Wahrheitsgehalt der Argumentationsgebäude frei und beschreibt ihre vielgestaltigen politischen Fassaden. Er zeigt insbesondere, dass energie- und klimapolitische Entscheidungen durch Verknüpfung wissenschaftlicher Erkenntnisse mit persönlichen Werturteilen zustande kommen und dass es deshalb in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft keine alternativlose Energie- und Klimapolitik geben kann. Das Buch bildet mit seiner sorgfältig beschriebenen Analysemethode und praxisnahen Kopfrechenaufgaben den Leitfaden für eine sachgerechte, kontroverse und zugleich kurzweilige Energie- und Klimadebatte mit Familie, Freunden, Kollegen und Politikern.
●SKY

Vahrenholt und Lüning: Unerwünschte Wahrheiten.
Noch nie war es so warm wie heute – stimmt das? Wurden die Temperaturveränderungen der letzten Zeit tatsächlich allein von uns Menschen verursacht? Und welchen Einfluss haben die Aktivitätsschwankungen der Sonne? Fragen, die exemplarisch für die 50 Themenbereiche stehen, die die Autoren in diesem Buch behandeln. Naturkatastrophen der letzten 150 Jahre werden in einen klimahistorischen Kontext von Jahrtausenden gestellt. Dabei zeigt sich, dass die vereinfachende Darstellung in den Medien den komplexen Zusammenhängen nicht gerecht wird und zu Angst und Verunsicherung führt. Eine mutige Streitschrift gegen eine überhitzte Klimadebatte und klimapolitischen Aktionismus.
●WHA

Birgit Kelle: Noch Normal? Das lässt sich gendern.
Kennen Sie Gender? fragte Birgit Kelle vor fünf Jahren in ihrem Bestseller GENDERGAGA. Heute ist klar: Die Realität hat die Satire längst überholt. Wer heute denkt, er sei normal, steht schon morgen als transphob, homophob, antifeministisch oder natürlich als "rechts" am Pranger. Gefühl sticht jetzt Fakten, Frau sticht Mann, homo sticht hetero, schwarz sticht weiß, trans sticht alles. Dafür ruinieren wir Karrieren und Kindheiten, zensieren Sprache, Wissenschaft, Debatte und freies Denken.
Statt Probleme zu lösen, schafft die neue Gender- und Identitätspolitik täglich neue Opfer.
Wenige Jahre und Millionen Euro später ist klar: Es geht um nicht weniger als um alles. Zeit für Birgit Kelle nachzulegen.
●WHA

YouTube - Was ist das?

Das **Video-Portal YouTube** ist seit 2006 eine Tochtergesellschaft von Google mit Sitz im kalifornischen San Bruno. Die Benutzer können auf dem Portal kostenlos Videoclips ansehen, bewerten, kommentieren und selbst hochladen. 2019 erzielte YouTube einen Jahresumsatz von 15 Milliarden Dollar. Die Einnahmen werden zum Großteil durch das Abspielen von Werbespots generiert.
Es enthält alle Arten von Videos, u. a. Film- und Fernsehausschnitte, Musikvideos, Trailer sowie selbstgedrehte Filme und Slideshows. Somit befindet sich neben professioneller Information oder Unterhaltung auch allerlei technisch Unausgereiftes sowie Lustiges und Trauriges, Tutorials zu allen möglichen und unmöglichen Themen und Desinformation, Propaganda, Verschwörungstheorien oder auch philosophische Gedanken neben der Inszenierung virtueller Gewalt aber auch realer Gewalt auf der Plattform.
Über das YouTube-Partnerprogramm ist es den Produzenten von Videos seit 2007 möglich, Geld zu verdienen. Hierzu organisieren sich die Produzenten zu Kooperationen in Netzwerken, sog. „Multi-Channel-Networks“.

YouTube - die Ökonomie dahinter

Gerade bei der jungen Generation, Menschen zwischen 14 und 39 Jahren, nimmt die Nutzung von Youtube stark zu und im Gegenzug die Nutzung von traditionellen Fernsehkanälen langsam aber sehr deutlich ab. Bewegtbilder im Netz, allen voran Youtube, haben bei dieser Zielgruppe die Fernsehnutzung längst überholt.
YouTube ist eines der zentralen Instrumente in der Werbevermarktung von Google, welches als dominierender Online-Werbevermarkter davon profitiert.

Betrachtet man in erster Linie die klassische Werbung, ist das Geschäftsmodell relativ simpel: Google verkauft Kurz-Werbespots, die sogenannten Pre-Roll-Ads, die vor den Youtube-Clips laufen. Diese Spots werden auf Kanälen platziert, die eine sehr hohe Reichweite haben. Google bietet somit erfolgreichen Youtubern und Youtube-Kanälen an, Teil eines privilegierten Programms zu werden. Einen Teil der Werbeeinnahmen, etwas mehr als die Hälfte, reicht Youtube weiter an die Betreiber der Kanäle. Etwas weniger als die Hälfte kassiert Youtube beziehungsweise Google selbst. Dieses Modell ist extrem profitabel.

Lässt sich mit YouTube Geld verdienen?

- Die reinen Clicks werfen kein Geld ab, denn es gibt kein Pay TV-Modell für Youtube.
- Werbetreibende können allerdings die Plattform als direkten Kommunikationskanal mit den potentiellen Käufern nutzen.
- YouTube ist deshalb so lukrativ, es bietet den Firmen die Möglichkeit mit „Influencern“ Testimonials für Zielgruppen zu finden, die auf dem herkömmlichen Weg nicht mehr erreicht werden.

Gibt es Alternativen?
Aktuell drängen erfolgreiche Alternativen auf den Markt. Viele haben einen speziellen Fokus wie zum Beispiel die Gaming-Plattform Twitch oder die chinesische App TikTok.

Was bringt die Zukunft?
Je mehr die Bewegtbild-Medienform dominiert, desto stärker ist Youtube als Konkurrent für das klassische Fernsehen, auch von Seiten der Werbevermarktung.

YouTube - Und mein Nutzen?

Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass die Gründe die YouTube-Plattform zu nutzen, in den verschiedenen Generationen variieren.
Die Jüngeren nutzen das Online-Videoportal aus vielen Beweggründen, etwa um **Make-up-Tipps** zu bekommen, um **Gaming-Clips** zu sehen oder um auf andere Weise **unterhalten** zu werden. Die ältere Generation streamt Videos gezielter, vor allem für **praktische Hilfen im Alltag.** Hier erkennen ältere Nutzer zunehmend die Vorteile, die der Bewegtbildkanal YouTube in diesem Bereich bietet, vor allem im Vergleich zu Kochbüchern etwa. So sind in der Altersgruppe über 45 die Themenbereiche **Kochen** und **Handwerk** sehr beliebt und in Corona-Zeiten auch **Gymnastik.**
●WHA

Redaktionsteam / Themen / Termine

Liebe Mitglieder und Freunde der LSI,

mit unseren Themen sind wir auf der Höhe der Zeit:

- Fokus auf **gesundheitsstärkende Faktoren**
- Fokus auf **Sicherheit und Prävention**
- Fokus auf architektonische **Wohnkonzepte, die nicht erst im Alter beginnen**
- Fokus auf **Lernkonzepte, die lebenslang gelten**
- Fokus auf **generationenübergreifende Lösungsansätze**
- Fokus auf **bürgerschaftliches Engagement**

Ihr Redaktionsteam

Redaktionsteam;

Dr. Wolfgang Allehoff (WHA)
Heidemarie Skudelny (SKY)
Dr. Kurt Sütterlin (KS)
Günther Hammer (GRH)
Klaus Kastner (KK)

Autoren dieser Ausgabe:
Hanspeter Gramespacher (HPG)
Dr. Horst Dilger (HD)
Frank Bantle (FB)

Gastbeiträge
Karl-Heinz Weinert (KHW)

Nächste LSI-Aktuell-Themen

1. **Was ist „political correctness“?**
2. **Lebenslanges Lernen aus LSI-Sicht**

Aufruf zur Mitarbeit:

Unser LSI-Aktuell kann nur so informativ sein, wie Sie — unsere Leser — aktiv an der Gestaltung mitarbeiten.
Bitte senden Sie Ihre Zuschriften an unsere zentrale E-Mail-Adresse

info@liberale-senioren-bw.de

Terminankündigungen:

- **30. 10.2020 Gemeinsame Veranstaltung der LSI mit den Liberalen Frauen in Hirschberg; Thema: Zukunft gemeinsam gestalten - Aber wie?**
- **14.3.2021 Landtagswahl in Baden-Württemberg**

Liberale Senioren Initiative Baden-Württemberg

Rosensteinstr. 22
70191 Stuttgart

info@liberale-senioren-bw.de

Inhalt

Veranstaltungstipp: Gemeinsam gestalten (KHW)	Seite 1
Interview mit Jürgen Keck, MdL (FB)	Seite 2/3
Informationen über WhatsApp (WHA)	Seite 4/5
Achter Altersbericht (WHA)	Seite 6/7
Frauenquote - Ja oder Nein? (WHA)	Seite 8
Corona auf dem Weg zum Seuchensozialismus (WHA)	Seite 9
Steuerpflicht durch Rentenerhöhung (HPG)	Seite 10/11
Steigende Kosten in Heimen ? (HPG)	Seite 11
Presseschau zum 71. Bundesparteitag (WHA)	Seite 12
Geldanlag nach dem Renteneintritt (KHW)	Seite 13
Wie und wo will ich bestattet werden? (HD)	Seite 14/15
Nachrufe	Seite 15
Checkliste: Welcher Wohn-Typ bin ich? (GRH)	Seite 16/17
Buchtipps für liberale Selbstdenker (SKY/WHA)	Seite 18
YouTube - Nutzen für Senioren?	Seite 19